



Beiträge Regierungsprogramm Wien 2020-2025

Stand Oktober 2020

BEITRÄGE REGIERUNGSPROGRAMM WIEN 2020-2025

Der Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen ist Netzwerk, Plattform, Standortentwickler und Innovationsmotor für die Soziale Wirtschaft in Wien. Mit über 90 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Pflege und Betreuung, Menschen mit Behinderungen, Wohnungslosenhilfe, Soziale Innovation und Zivilgesellschaft sowie Flucht, Integration und Zusammenhalt bildet er die Breite und Vielfalt der Sozialstadt Wien ab.

An die Stadtregierung richtet der Dachverband Forderungen, die in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden sollen, um die Lebensqualität aller Menschen zu erhöhen und ein selbstbestimmtes Leben aller Personen mit Unterstützungsbedarf sicherzustellen.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Landesaktionsplan Chancengleichheit

Wiens Zukunft ist inklusiv. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention soll zukünftig federführend in der Magistratsdirektion angesiedelt sein. Konkrete Umsetzungsschritte aus den Ergebnissen der bisherigen Arbeitsgruppen brauchen eine gesicherte Finanzierung.

Ausbau der persönlichen Assistenz

Persönliche Assistenz muss allen Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehen. In Pilotprojekten soll diese daher auch für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung angeboten werden. Ein persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen, mit dem sie passgenaue Leistungen selbstbestimmt organisieren können, soll etabliert, evaluiert und bei Erfolg ins Regelangebotssystem übernommen werden.

Barrierefreie Kommunikation

Informationen der Stadt müssen leicht verständlich sein und schnell zur Verfügung stehen. Der Dachverband fordert daher, barrierefreie Sprache in allen Bereichen der Kommunikation umzusetzen: in Aussendungen, online, im öffentlichen Verkehr, in Ämtern und Behörden, im Gesundheitssystem etc. Dafür braucht es Schulungen für Mitarbeiter*innen zu leichter bzw. einfacher Sprache und Möglichkeiten der Unterstützten Kommunikation.

Selbstbestimmtes Wohnen

Das Recht auf selbstbestimmtes Leben und Einbeziehung in die Gemeinschaft für Menschen mit Behinderung ist im Artikel 19 der UN-Konvention festgeschrieben. Im täglichen Leben bedeutet das, dass alle Wohnformen auch für Menschen mit Behinderungen offenstehen müssen: im familiären Rahmen, in Wohngemeinschaften oder in anderen Wohnformen – selbstbestimmt und mit der größten Unabhängigkeit. Die Trennung von Wohnen und Unterstützung ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass allen jede Wohnform offensteht. Die finanzielle Unterstützung muss personenzentriert, bedarfsgerecht und sozialräumlich orientiert sein, die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist die finanzielle Basis. Betroffene sollen Mietverträge selbst abschließen können.

Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt

Tagesstrukturierende Angebote sind eine gute Möglichkeit, um Menschen mit Behinderungen an die Erwerbsarbeit heranzuführen. Langfristiges Ziel ist aber die Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt. Laut Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention anerkennen Vertragsstaaten das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird.

Dazu müssen bestmögliche Bedingungen geschaffen werden. Menschen mit Behinderungen müssen gemäß ihren individuellen Vorlieben und Wünschen gleichberechtigt an allen Arbeits- bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten teilhaben können. Initiativen zur Umsetzung der beruflichen Inklusion haben daher Priorität gegenüber tagesstrukturierenden Maßnahmen. Dennoch fordern wir auch beim Besuch von Tagesstrukturen eine sozialrechtliche Absicherung.

PFLEGE UND BETREUUNG

Ausbildungs Offensive

Damit in Zukunft ausreichend qualifiziertes Personal in der Pflege tätig ist, muss die Stadt Wien jetzt in die Ausbildung investieren. Für Neu-, Um- und Wiedereinsteiger*innen braucht es Förderprogramme und eine adäquate Entlohnung. Die Ausbildung auf BMS/BHS-Niveau ist ein guter Zugang.

Für mehr Bewerber*innen muss das Berufsbild für alle Altersgruppen attraktiv sein. Daher halten wir unterstützende Imagemaßnahmen und eine gesellschaftliche Wertschätzung des Berufsbildes der Pflege und Betreuung für notwendig.

Personalmanagement

Personalrecruiting, -anwerbung und -bindung müssen für die Stadt im Fokus stehen und noch professioneller werden. Menschen sollen gerne als Pfleger*innen und Betreuer*innen arbeiten und in diesem Bereich auch langfristig bleiben wollen. Deswegen müssen die Arbeitsbedingungen in der mobilen und stationären Langzeitpflege verbessert werden, damit Pflege und Betreuung auf hohem Niveau geleistet werden können. Der Dachverband fordert eine angemessene Entlohnung nicht nur im Akutbereich, sondern auch in der Langzeitpflege. Um für den beruflichen Alltag gestärkt zu sein, können professionelle Reflexion, Beratung und Entlastung vermehrt eingesetzt werden.

Finanzierungs Offensive

Ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Pflegesystem muss unbedingt staatlich und über Steuern finanziert werden. Von der Umstellung auf ein Versicherungssystem halten wir als Dachverband nichts. Stattdessen muss es aus unserer Sicht in Zukunft einen gemeinsamen Topf für Gesundheit und Soziales geben – die aktuell unterschiedlichen Finanzierungsmodelle von

Krankenhaus und Langzeitpflege sind für niemanden verständlich. Ein Pflegegarantiefonds für alle Generationen jetzt und in Zukunft würde Fairness garantieren. Denn: Gute Pflege muss auch in Zukunft für alle leistbar sein!

Digitalisierungsoffensive

Der Anspruch an individuellen Wünschen und Lösungen in der Pflege wird immer höher. Die Vielfalt der Angebote muss dem gerecht werden. Von den digitalen Lösungen der Zukunft erhoffen wir uns grundlegende Verbesserungen. Digitale Plattformen können Kund*innen eine ganz neue Flexibilität in der Betreuung ermöglichen. Mitarbeiter*innen werden im Verwaltungsaufwand unterstützt und haben mehr Zeit für ihre tatsächliche Aufgabe. In der Zusammenarbeit zwischen den Organisationen gibt es viel Potenzial, das aber mit einer hohen Achtsamkeit beim Thema Datenschutz gehoben werden muss.

Digitale Lösungen, die während der Pandemie eingeführt wurden und sich bewährt haben, sollen beibehalten und weiterentwickelt werden wie zum Beispiel E-Rezepte, E-Verordnungen, Telemedizin/-care, virtuelle Team- und Kund*innenbesprechungen und vieles mehr.

Hospiz und Palliative Care ausbauen

Der frühe Einbezug von Hospiz und Palliative Care kann bereits ab der Diagnose einer lebensbedrohlichen Erkrankung positive Auswirkungen haben. Daher fordert der Dachverband einen Versorgungsplan und eine Regelfinanzierung unter der Beteiligung des Bundes, der Länder sowie der Sozialversicherung.

FLÜCHTLINGSHILFE

Integration fördern und Teilhabe ab dem 1. Tag ermöglichen

Wer die Teilhabe von Menschen ab dem 1. Tag ermöglichen will, muss in Arbeitsmarktförderung und Bildung investieren. Die Basis bildet eine qualifizierte Integrationsberatung, die beim Erstellen eines Plans für individuelle Bedürfnisse, Kenntnisse und Lebenssituationen unterstützt.

Aufnahmekompetenz verbessern

Der Integrationsprozess kann nur dann glücken, wenn sich die Gesellschaft aktiv an der Aufnahme beteiligt. Das Zusammenleben muss dafür als verhandel-, wandel- und gestaltbar begriffen werden. Im Sinne des sozialen Friedens müssen sich alle bis zu einem gewissen Grad wiederfinden, um Entwicklungschancen von Individuen und der Gesellschaft nicht zu behindern.

WOHNUNGSLOSENHILFE

Wohnen als Menschenrecht

Das Recht auf Wohnen ist in zahlreichen rechtlichen Grundlagen verankert. Gleichzeitig ist die Wohnungsfrage so aktuell wie schon lange nicht mehr. Die Risiken von Wohnungslosigkeit nehmen unter anderem aufgrund der Entwicklungen am Arbeits- und Wohnungsmarkt zu, und Biografien sind oftmals brüchiger als früher. Gerade im Kontext der Covid-19-Pandemie wird der Stellenwert des Wohnens sichtbar.

Wohnungslosigkeit stellt eine der extremsten Formen von Armut dar. Wien als „Stadt der Menschenrechte“ ist gefordert, eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der „Strategie zur Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit“ sowie der Prämisse „Wohnen ist ein Grundrecht für alle Menschen“ einzunehmen und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Eine sichere, angemessene und dauerhaft leistbare Wohnung ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Zur Bewältigung der Herausforderungen ist ein Zusammenspiel von Wohn- und Sozialpolitik unerlässlich. Dies kann nur gelingen, wenn Wohnraum auch weiterhin nicht primär als Ware begriffen wird und Wohnkosten erschwinglich gehalten werden.

Leistbaren Wohnraum vermitteln

Wien gilt international als Vorzeigebispiel, was insbesondere auf den hohen Anteil an sozialem Wohnbau zurückzuführen ist, der bis heute in einem großen Ausmaß erhalten ist. Leistbarer Wohnraum ist im Sinne der Prävention von Wohnungslosigkeit von hoher Bedeutung sowie für die Integration von Wohnungslosen in den regulären Wohnungsmarkt unerlässlich.

Bei der Frage nach der Leistbarkeit einer Wohnung müssen die Wohnkosten zum verfügbaren Haushaltseinkommen in Beziehung gesetzt werden. Der Dachverband fordert, mehr leistbaren, dauerhaften und inklusiven Wohnraum zu schaffen und die Vergabe an besonders benachteiligte Menschen zu erleichtern. 25 Prozent aller öffentlich vergebenen Wohnungen sollen für Personen bereitgestellt werden, die von sozialen Organisationen (z.B. Behindertenhilfe, Wohnungslosenhilfe, Flüchtlingshilfe) betreut werden.

Wohnen zuerst

Der Dachverband spricht sich für Wohn- und Lebensbedingungen aus, die ein hohes Maß an Normalität und Eigenständigkeit ermöglichen. Eigenen Wohnraum zu ermöglichen ist wirkungsvoller als die Unterbringung in betreuten Wohnhäusern.

Seit 2010 wird daher der Housing-First-Ansatz in Wien umgesetzt. Housing First bedeutet „Wohnen zuerst“. Dieser Ansatz orientiert sich am Motto „Schwimmen lernt man nur im Wasser“: Menschen, die obdachlos oder wohnungslos werden, erhalten sofort Zugang zu einer eigenen Wohnung. Ein mobiles Betreuungsteam unterstützt beim Einzug und bei allen anderen Fragen rund um das Wohnen. Damit wird Selbstständigkeit von Beginn an unterstützt. Der Dachverband fordert den Ausbau des Angebots.

Prävention und Unterstützungsangebote

Delogierungsprävention ist essenziell zur Vermeidung von zukünftiger Wohnungslosigkeit und individuell für die betroffenen Personen entlastend. Bei erfolgreicher Delogierungsprävention kann zudem am privaten Wohnungsmarkt bestehender, meist günstigerer Wohnraum gesichert werden.

Menschen in schwierigen Lebenslagen, ohne offensichtlichen Unterstützungsbedarf, sollten präventiv einerseits bei der Wohnungssuche unterstützt werden, andererseits Wohnbetreuung bekommen, damit sie nicht in die Wohnungslosenhilfe abrutschen. Dies umfasst beispielsweise auch eine längere Begleitung von Jugendlichen im Übergang von stationären Einrichtungen in ein selbstständiges Leben. Darüber hinaus fordert der Dachverband einen besseren Zugang zu geförderten Wohnungen für armutsgefährdete Personen.

Beendigung von Obdachlosigkeit

Menschen, die aus anderen Bundesländern oder den EU-Staaten nach Wien gekommen und hier obdachlos sind, machen einen Großteil der akut wohnungslosen Menschen aus. Die Stadt muss verhindern, dass sich die Situation von in Not geratenen Zuwandernden mangels Hilfsangeboten verfestigt und die Straßenobdachlosigkeit zunimmt.

PSYCHOSOZIALE GESUNDHEIT

Entstigmatisierung fördern

Psychisch erkrankte Menschen sind häufiger armutsgefährdet und laufen Gefahr, ihre Wohnung zu verlieren. Folgen von psychosozialen Problemen zeigen sich in sozialen Auswirkungen aufgrund von Kriminalität, Schulabbruch, Alkohol- und Drogenkonsum, Depression und Suizid, aber auch in wirtschaftlichen Einbußen wegen mangelnder beruflicher Produktivität und Kreativität. Die Folgen des Anstiegs psychischer Erkrankungen und Beeinträchtigungen zeigen sich auch im steigenden Anteil der Krankenstände.

Die neue Stadtregierung ist gefordert, Maßnahmen zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen voranzutreiben. Angebote, die Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörige bedarfsgerecht unterstützen, müssen geschaffen werden. Ziel ist die gesellschaftliche Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Darüber hinaus braucht es einen nicht stigmatisierenden Zugang zum Gesundheitssystem für alle: Interventionen sollten sich sowohl an sozioökonomisch benachteiligte Personen (Gruppen) als auch an spezifisch gesundheitlich benachteiligte Gruppen wenden wie z.B. Menschen mit Behinderungen, chronisch kranke Menschen und Menschen mit psychischen Erkrankungen.

SOZIALE INNOVATION

Förderungen ausbauen

Wien ist als Großstadt besonders von der steigenden Komplexität in der Gesellschaft betroffen. Die Lebensentwürfe der Menschen werden immer vielfältiger und damit auch die Probleme, mit denen sie konfrontiert werden. Wien zeichnet sich durch ein dichtes Netz an Informations- und Betreuungseinrichtungen aus. Parallel dazu muss ein Sensorium ausgebaut werden, mit dem neue Entwicklungen frühzeitig erkannt und neue Problemlösungsansätze niederschwellig ausprobiert werden können. So können innovative Trends auf Basis politischer Werte und abseits kommerzieller Verwertung bedacht weiterentwickelt und der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Der Förderprojekttopf „Soziale Innovation Wien“ ist ein solcher Freiraum, der bereits in der ersten Ausschreibung breiten Zuspruch aus der Bevölkerung gefunden hat. Gleichzeitig zum experimentellen Charakter wirkt er aktivierend auf die Teilnehmer*innen und fördert so generell ein Klima des aktiven Zusammenlebens. Der Projektfördertopf sollte daher aus Sicht des Dachverbands weiter mit finanziellen Mitteln unterstützt und weiterentwickelt werden.